

Die große Frage, ob Merz jetzt zum zweiten Mal an den eigenen Leuten scheitert



Von **Robin Alexander**
Stv. Chefredakteur

Veröffentlicht am 14.11.2025 | Lesedauer: 3 Minuten



Robin Alexander
Quelle: Martin U. K. Lengemann/WELT

Vier Monate nach der gescheiterten Wahl einer linken Verfassungsrichterin sieht es so aus, als werde der Kanzler erneut eine Verabredung mit der SPD nicht einhalten können. Denn seine Abgeordneten glauben, er habe sich bei der Rente von Arbeitsministerin Bas (SPD) über den Tisch ziehen lassen.

Am Samstag um ungefähr 11 Uhr wird Friedrich Merz einen der bisher schwierigsten Auftritte seiner Kanzlerschaft bewältigen müssen. Im Europapark Rust, in Baden-Württemberg, spricht er auf dem „Deutschlandtag“ der Jungen Union. Der Nachwuchs von CDU und CSU müsste eigentlich glücklich sein, dass nach den Ampel-Jahren wieder ein Politiker der C-Parteien ins Kanzleramt eingezogen ist. Und dann noch Friedrich Merz. Für den haben die Jungen (<https://www.welt.de/debatte/plus69145a6035739e197250875a/cdu-die-jungen-sind-das-beste-an-der-union.html>) sich jahrelang ins Zeug gelegt.

Aber ein Heimspiel wird das nicht. Im Gegenteil. Seiner Rede wird nämlich eine Aussprache folgen. Die Parteijugend wird ihn befragen. Und was sie wissen will, ist schon klar: Wo steht Merz in Sachen Rente (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus690621a1df9fa029228f0211/rente-diese-uebersicht-zeigt-wie-viel-im-ruhestand-wirklich-ankommt.html>) ?

In den Koalitionsverhandlungen hatten sich CDU, CSU und SPD (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus690621a1df9fa029228f0211/rente-diese-uebersicht-zeigt-wie-viel-im-ruhestand-wirklich-ankommt.html>) geeinigt, die sogenannte „Haltelinie“ bis ins Jahr 2031 fortzuschreiben. Was danach geschieht, soll erst einmal in einer Kommission besprochen werden. Aber bis 2031 bleibt also der „Nachhaltigkeitsfaktor“ ausgesetzt, der in die Berechnung der Renten einbezieht, dass es immer weniger junge Leute gibt und immer mehr Ältere. Das wollte schon Olaf Scholz (SPD), konnte es aber gegen die mit ihm regierende FDP nicht durchsetzen.

Bärbel Bas war da erfolgreicher. Die Arbeitsministerin und Frontfrau der SPD-Linken setzte nicht nur die Koalitionsvereinbarung um, sondern noch eins drauf: Sie verewigte den ausgesetzten Nachhaltigkeitsfaktor der nächsten Jahre, indem sie in den Kabinettsbeschluss den Satz schmuggelte: „Auch nach 2031 liegt das Rentenniveau um rund einen Prozentpunkt höher als im geltenden Recht.“ Das würde die Rentenkasse 118 Milliarden Euro zusätzlich kosten bis ins Jahr 2040. Und außerdem die Kommission präjudizieren.

Immer mehr Unionsabgeordnete sträuben sich dagegen. Zuerst war es die Junge Gruppe, die aus Abgeordneten besteht, die 35 Jahre oder jünger waren, als sie Anfang des Jahres in den Bundestag gewählt wurden. Ihr schloss sich die Arbeitnehmergruppe an. Der Wirtschaftsflügel der Fraktion hat noch keinen Beschluss gefasst, tendiert aber dem Vernehmen nach auch dazu. Als am Donnerstagabend der Koalitionsausschuss in einem Nebengebäude des Bundestages tagte, berieten nur wenige hundert Meter entfernt 30 Abgeordnete darüber, wie man die Ablehnung des Gesetzentwurfes von Bas durchhalten könnte. Da Schwarz-Rot nur zwölf Stimmen mehr als die Mehrheit hat, ist das Szenario real.

Und erinnert in der Fraktion an die abgesagte Abstimmung über die als Verfassungsrichterin vorgesehene linke Juristin Frauke Brosius-Gersdorf vor der Sommerpause. Auch damals hatte die Unionsführung der SPD eine Zusage gemacht. Auch damals fiel niemandem ein Argument ein, warum CDU und CSU eigentlich zustimmen sollten. Auch damals führte eine hilflose Fraktionsführung nur die Auswirkungen auf den Koalitionsfrieden und die Autorität des Kanzlers an. Was am Ende nicht verfring.

Damals blieb die Verantwortung bei dem Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn (CDU) hängen, diesmal steht Merz selbst im Feuer. Die Rentenrebelln argumentieren, sie hätten ihre Bedenken immer wieder in der zuständigen Arbeitsgruppe, in der Fraktion und im Vorstand der CDU vorgetragen. Sie argwöhnen zudem, dass Merz und seine führenden Mitarbeiter den entscheidenden Satz im Kabinettsbeschluss einfach übersehen hatten. Und sie fühlten sich lange noch von Merz angespornt, wider den Stachel zu löcken. Es sei nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht der jungen Abgeordneten, auf Generationengerechtigkeit zu achten, hatte Merz erst vor wenigen Wochen erklärt. Nun aber heißt es in Berlin, Merz habe das Gesetz von Bas für gut befunden.

Am Samstag wird der Kanzler einiges zu erklären haben.

Robin Alexander (<https://www.welt.de/autor/robin-alexander/>) ***ist stellvertretender Chefredakteur.***